

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Seit nunmehr zwei Jahren ist es für die Wienerinnen und Wiener möglich, ein Anliegen, eine Gefahrenstelle oder eine Störung via Smartphone an die Wiener Stadtverwaltung zu melden. Mit der App „Sag’s Wien“ können Meldungen schnell und ohne zwingende Registrierung an die Stadtverwaltung gesendet werden.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgende

Anfrage

- 1.) Wie oft wurde die App „Sag’s Wien“ seit Einführung bereits heruntergeladen?
- 2.) Wie viele Meldungen wurden über diese App verzeichnet, die Liesing betreffen?
- 3.) Welche waren dabei die fünf häufigsten Ursachen für Beschwerden?



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Büro des Bezirksvorstehers
f. d. 23. Bez.

Eing. 25. MRZ. 2019

S-263.337 | 2019

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

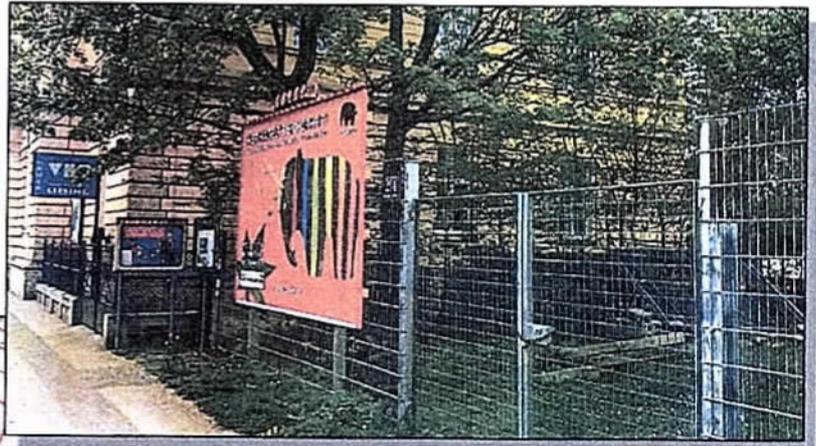
Die Liegenschaft Speisinger Straße ONr. 254 befindet im Besitz der Stadt Wien und liegt in einer Schutzzone. Das Gebäude der Nachbarliegenschaft ONr. 256 (ehemaliges Rathaus von Mauer) steht unter Denkmalschutz. Bei etwaigen Instandsetzungsarbeiten an Objekten in einer Schutzzone oder solchen unter Denkmalschutz müssen seitens der MA19 stadtbildpflegerische oder vom Denkmalamt vorgegebene Auflagen erfüllt werden. Vor etlichen Jahren wurde die zum Grundstück Nr. 561/10 - EZ 1296 gehörende Liegenschaft ONr. 254 straßenseitig mit einem Draht-Block-Zaun provisorisch eingezäunt.

Diese, für eine Schutzzone sicherlich nicht stilgerechte Einfriedung inklusive vorgesetzter Reklamewand wird optisch von vielen Bürgern als störend empfunden.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgende

Anfrage

- 1.) Gibt es auf Grund der Lage in einer Schutzzone und der Zugehörigkeit zum denkmalgeschützten Objekt ONr. 256 für die Liegenschaftseinfriedung bestimmte optische Vorgaben und wenn ja, welcher Art?
- 2.) Gibt es für das vorgesetzte Werbeplatkat in der Schutzzone eine Genehmigung?
- 3.) Welchem Verwendungszweck dient die unbebaute, zur Liegenschaft ONr. 256 gehörende, Liegenschaft ONr. 254?
- 4.) Ist in absehbarer Zeit eine Ver- bzw. Bebauung der Liegenschaft ONr. 254 geplant?



Sabine Kotasek
 BezR Sabine Kotasek
 Klubvorsitzende

Büro des Bezirksvorstehers
 f. d. 23. Bez.

Empf. 25. MÄRZ 2019

S-263.343/2019

Die Zahl krimineller Jugendlicher in Wien steigt rasant an: Dabei hat sich vor allem die Vorgehensweise der Jugendlichen massiv verändert. Die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt eine "erhöhte Gewaltbereitschaft bei gesunkener Hemmschwelle" und "teilweise brutales Vorgehen".

Dabei werden Jugendliche viel häufiger kriminell auffällig als irgendeine andere Altersgruppe, insbesondere bei Gewaltdelikten. Dass Jugendliche Grenzen übertreten, ist normal: Es gehört zum Erwachsenwerden dazu. Dass die Täter immer jünger und immer brutaler werden, ist jedoch ein Problem. Nicht nur für die Opfer - meist ebenfalls Jugendliche - sondern für die gesamte Gesellschaft. Weil Jugendliche besonders sensibel auf Veränderungen reagieren, gilt Jugendgewalt als Indikator für gesellschaftliche Krisen.

In letzter Zeit häufen sich Berichte besorgter Bürger, dass vor allem im Umfeld Alt Erlaa und Siebenhirten (Liesinger Flur) die Gewalt unter Jugendlichen massiv zunimmt.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019, folgende

Anfrage

- 1.) Ist die Situation dem Bezirk bekannt?
- 2.) Gab es vermehrt polizeiliche Interventionen wegen Gewalt unter Jugendlichen in den betroffenen Gebieten?
- 3.) Sind präventive Maßnahmen geplant?
- 4.) Wenn ja, in welcher Art?
- 5.) Wenn nein, warum nicht?

Büro des Bezirksvorstehers
f. d. 23. Bez.

Eing. 25. MRZ. 2019

S-263.354/2019



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Immer wieder berichten Bürger – insbesondere Anrainer rund um den Liesingbach zwischen Riverside und Rodaun – dass sich die Vorfälle mit freilaufenden Hunden ohne Beißkorb häufen. Ein anderer schwerwiegender Zwischenfall ereignete sich am 26. Oktober 2018 mit einem angeleinten Hund: das Tier biss ein elfjähriges Mädchen, welches den Hund zum Spazieren gehen von seiner Besitzerin ausgeborgt hatte, in Arme und Beine und war bereits davor auffällig. Der Hundeführschein, welcher in Wien für ausgewählte, sogenannte „Listenhunde“ seit 1. Juli 2010 Pflicht ist, hat laut Internetseite der Stadt Wien das Ziel, das Zusammenleben von Mensch und Tier in Wien konfliktfrei zu gestalten.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgende

Anfrage

- 1.) Wie viele Hundebesitzer haben seit Einführung des Hundeführscheins die Prüfung abgelegt (Zahlen bitte jeweils für Wien und Liesing anführen)?
- 2.) Welchen Rassen gehören jene Hunde vorwiegend an, deren Besitzer bisher die Prüfung zur Erlangung des Hundeführscheins abgelegt haben?
- 3.) Wie hat sich die Zahl der Vorfälle, bei welchen Personen durch Hundebisse verletzt wurden, seit 2008 bis heute entwickelt (Zahlen bitte jeweils für Wien und Liesing anführen und nach Jahren aufschlüsseln)?



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Bis des Bezirksvertreters
f. d. 23. Bez.

Eing. 25. MÄRZ 2019

S-263.366 | 2019

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

5,

Im Kurier-Interview vom 29. Dezember 2018 wird der Wiener Bürgermeister folgendermaßen zitiert:

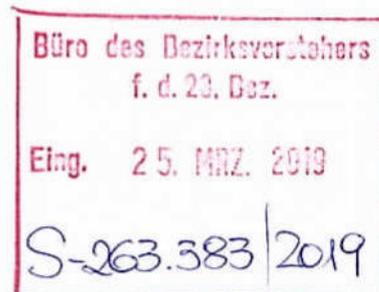
„Ich suche den intensiven Dialog mit den Bezirken, etwa bei Verkehrsthemen. Wir haben zuletzt schrittweise die Bezirksvorsteher aufgewertet. Das bedeutet für sie aber auch, Verantwortung über die Bezirksgrenzen hinaus zu übernehmen. Letztlich muss die Stadt in ihrer Gesamtheit funktionieren.“

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgende

Anfrage

- 1.) Inwiefern wurde nun tatsächlich die Funktion des Bezirksvorstehers aufgewertet?
- 2.) Wie wirkt sich dies konkret für den Bezirk aus?
- 3.) Inwiefern hat sich der Verantwortungs- bzw. Wirkungsbereich des Bezirksvorstehers über die Bezirksgrenzen erweitert?


BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

In der neuen Wohnanlage „In der Wiesen Süd“ (Standort Carlberggasse 105) wurde seitens des Bauträgers ein Nahversorger (Supermarkt) sowie eine Apotheke und eine Trafik mit eingeplant. Leider wurden diese Pläne bisher nicht umgesetzt.

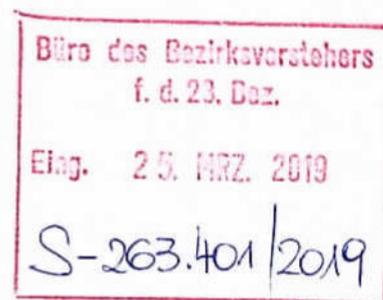
In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgende

Anfrage

Wann konkret kann mit der Umsetzung der geplanten Nahversorgung gerechnet werden?



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende



7,

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Vor kurzem wurde die BIPA-Filiale in der Akaziengasse 44 – 46 geschlossen. Nachdem sich in unmittelbarer Nähe eine BILLA-Filiale in der Karl-Tornay-Gasse 38 befindet, die ebenfalls dem REWE-Konzern zuzuordnen ist, wurde in der Vergangenheit von mehreren Bürgern die Befürchtung geäußert, dass in naher Zukunft auch diese BILLA-Filiale schließen könnte und damit der Verlust eines weiteren Nahversorgungsbetriebes droht.

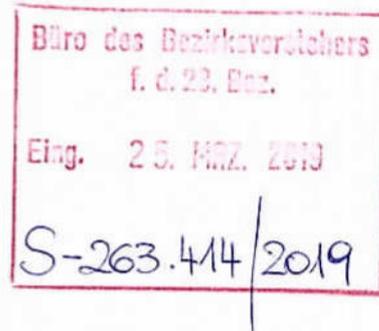
In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgende

Anfrage

- 1.) Ist bekannt, welche Pläne es für das Geschäftslokal in der vormaligen BIPA-Filiale Akaziengasse 44 – 46 gibt?
- 2.) Ist bekannt, ob eine Schließung der BILLA-Filiale in der Karl-Tornay-Gasse 38 vorgesehen ist?
- 3.) Wenn ja, wann und wie wird die Nahversorgung der Anrainer künftig gewährleistet werden?



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende



Anfang März 2019 präsentierte die Wiener Stadtregierung das Pilotprojekt "Gewaltfreie Kommunikation" für Wiener Schulen. Themen wie Abwertung oder Sexismus sollen dabei von Schülern zwischen zehn und 16 Jahren in Kunstprojekten, Filmen oder Poetry-Slams behandelt werden. Lehrer erhalten Training und Supervisionen und Schüler eine Mentorenausbildung. Auch Eltern können eigene Workshops zu diesem Thema besuchen. Das Projekt soll im Unterrichtsjahr 2019/20 an fünf bis zehn sogenannten "Brennpunktschulen" in Wien getestet werden.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019, folgende

Anfrage

- 1.) Werden auch Brennpunktschulen in Liesing in dieses Projekt eingebunden?
- 2.) Wenn ja, welche Schule an welchem Standort in Liesing nimmt an diesem Projekt teil?
- 3.) Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?




BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

7.

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Die Gemeinde Perchtoldsdorf hat die Sonnbergstraße zwischen Waldmühlgasse und Kaltenleutgebner Straße als Einbahnstraße in Richtung zur Kaltenleutgebner Straße abgeändert. Auf Grund dieser verkehrstechnischen Neuregelung können Autofahrer in diesem unmittelbaren Straßenbereich nur noch über die Route Kaltenleutgebner Straße und Hochstraße nach Perchtoldsdorf fahren. Wegen des daraus resultierenden verdichteten Verkehrsaufkommens kommt es zu Stoßzeiten im Kreuzungsbereich Kaltenleutgebner Straße/Hochstraße immer öfter zu wesentlichen Verzögerungen des Fließverkehrs. Daraus resultiert eine Zunahme der Verkehrsstaubildungen und somit auch eine vermehrte Umweltbelastung für die unmittelbar betroffenen Kreuzungsanrainer.

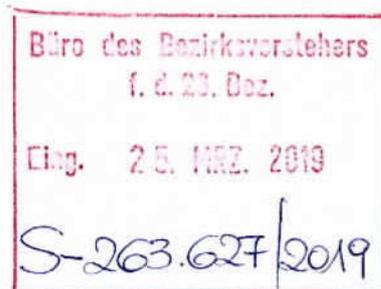
In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob eine Optimierung der Schaltphasen der Ampelanlage bei der Kreuzung Kaltenleutgebner Straße/Hochstraße möglich ist, sodass dadurch eine Verkehrsstaureduzierung erreicht werden kann.



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende



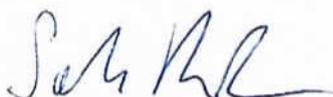
Vor dem Mobilien Hospiz der Caritas-Wien am Erlaaer Platz ONr. 4 befindet sich eine Behindertenzone, gekennzeichnet mit dem Vorschriftszeichen gem. § 52/13b StVO „Halten und Parken verboten“ und dem Verkehrszusatzzeichen „ausgenommen Behinderte“. Diese Behindertenzone reicht als Stellfläche für maximal ein mehrspuriges Fahrzeug.

Es wurde bereits mehrfach von Hospizbesuchern der Wunsch geäußert, dass diese Behindertenzone auf eine Länge von zwei mehrspurige Fahrzeuge (ca. 12 m) erweitert werden sollte, da offensichtlich der Bedarf bzw. auch eine Notwendigkeit dafür gegeben ist.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019, folgenden

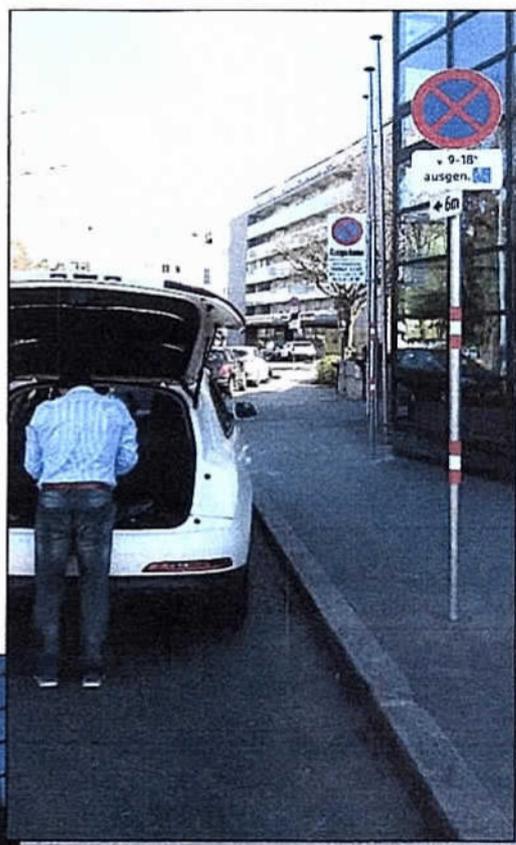
Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, diese Behindertenzone auf eine Länge von zwei mehrspurige Fahrzeuge (ca. 12 m) zu erweitern.



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Büro des Bezirksvorstehers
f. d. 23. Bez.
Eing. 25. MÄRZ 2019
S-263.635 | 2019



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Die Grünflächen im Bereich zwischen Reklewskigasse/Meisgeyergasse/Schreilplatz/Brunnerstraße (siehe Abbildung) sind regelmäßig durch Hundekot stark verschmutzt. Da sich diese Verschmutzungen meist direkt neben dem Gehsteig befinden, sind vor allem Passanten und andere Nutzer der Grünflächen dadurch betroffen. Auf keiner dieser Flächen gibt es entsprechende Sackerl-Spender, welche die Hundebesitzer motivieren würden, den verursachten Kot wieder zu entfernen. Es wäre daher anzudenken, entsprechende Maßnahmen zu treffen, die das Ausmaß der Verschmutzung eindämmen.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, entsprechende Maßnahmen, wie etwa das Aufstellen von Sackerl-Spendern, zu veranlassen, um das Ausmaß der Verschmutzung der Grünflächen im angegebenen Bereich zu reduzieren



BezR Sabine Kotasek
 Klubvorsitzende

Büro des Bezirksvorstehers
 f. d. 23. Bez.

Eing. 23. MÄZ. 2019

S-263.653 | 2019



10,

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Der Straßenbelag in der Kugelmanngasse ist in einem sehr schlechten Zustand. Es wurde an mehreren Stellen aufgegraben und auch Schlaglöcher und Spurrinnen bilden Unebenheiten, die für die Anrainer zu einer starken Lärmbelästigung führen.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, eine Sanierung des Straßenbelags in der Kugelmanngasse, ab dem Kugelmanplatz bis zur Erlaaer Straße zu veranlassen.



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Der Straßenbelag in der Pülslgasse befindet sich trotz zahlreicher Sanierungen bzw. notdürftiger Instandsetzungen, in einem allgemein schlechten Zustand. Der schadhafte Straßenbelag sowie vielfache Fahrbahnunebenheiten (z.B. Belagsabsenkungen im Bereich der Kanaldeckel) stellen für einspurige Verkehrsteilnehmer eine erhöhte Sturzgefahr, sowie eine Lärmbelästigung für Anrainer dar.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, zu veranlassen, dass die Pülslgasse in weiten Teilen generalsaniert wird.



Sabine Kotasek

BezR Sabine Kotasek
 Klubvorsitzende

Büro des Bezirksverwalters
 f. d. 23. Bez.

Eing. 25. MÄRZ 2019

S-263.680/2019

Im Böschungsbereich entlang des rechten Liesingbachufers, ab der Kaiser-Franz-Josef-Brücke flussaufwärts, liegt seit mehreren Wochen das Schnitt- und Hackgut der dort wachsenden Holzgewächse. Schlagabraum und Restholz mit geringem Durchmesser aus regulären Holzschlägen und Pflegeeingriffen wird aus Gründen des Waldschutzes normalerweise nicht speziell behandelt oder entsorgt. Bei ungünstigen Bestandesverhältnissen und warm-trockener Witterung und entlang von Feuchtgebieten besteht aber die Gefahr, dass dieses Material zu einem deutlichen Populationsaufbau von Holzschädlingen beiträgt.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019, folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen veranlassen, dass das angefallene Schnitt- und Hackgut ordnungsgemäß beseitigt oder einer Kompostierung zugeführt wird.




BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Bis zum Bezirksvorsteher
f. d. Bz. Dez.

Eing. 25. MÄRZ 2019

S-263.704 | 2019

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Der Schutzweg in der Friedensstraße (Kreuzung mit der Johann-Hörbiger-Gasse) befindet sich im Bereich einer Fahrbahnkuppe mit einem baulichen Fahrbahnteiler. Bereits mehrfach wurde seitens Fahrzeuglenker festgestellt, dass dieser Fußgängerübergang auf Grund der örtlichen Lage einer besseren Ausleuchtung bedarf. Bei Dämmerung oder in der Nacht sind querende Passanten durch den Scheinwerferblendeffekt entgegenkommender Kraftfahrzeuge oftmals nur schwer oder erst knapp vor dem Zebrastreifen erkennbar. Der Grund dafür sind moderne Fahrzeuglichtquellen, wie Halogenlampen, Xenonlicht oder LED-Scheinwerfer, welche neben besserer Straßenausleuchtung eben auch den Nachteil eines höheren Blendfaktors besitzen. Dieser tritt speziell beim Überfahren von Straßenkuppen auf. Dieser Schutzweg wird auch sehr häufig von Kindern frequentiert, die auf Grund ihrer Körpergröße noch schwerer erkennbar sind und dadurch in einem erhöhten Maß einer Gefährdung ausgesetzt sind.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht zu veranlassen, dass der Schutzweg besser bzw. stärker ausgeleuchtet wird und somit ein frühzeitigeres Erkennen querender Passanten bei Dämmerung oder in der Nacht möglich ist.



BezR Sabine Kotasek
 Klubvorsitzende



Büro des Bezirksverwalters
 f. d. 23. Bez.

Eing. 25. MÄZ. 2019

S-263.715/2019

Der bauliche Erhaltungszustand der Stützmauer entlang dem linken Ufer des Liesingbaches ab der Kaiser-Franz-Josef-Brücke flussaufwärts vermittelt einen dringenden Gesamtanierungsbedarf. Es zeigen sich nicht nur erhebliche Zeitschäden am Ziegelmauerwerk selbst, sondern auch weitläufig stärkere Rissbildungen im Stützmauerverputz. Dadurch kann permanent Niederschlagswasser in das Bauwerk eindringen und es entsteht bei Lufttemperaturen unter dem Gefriergrad eine erhöhte Absprenggefahr von Putz- und Mauerteilen. Auch der üppige Wildbewuchs der Stützmauer durch unterschiedliche Sträucher sowie die verstärkte Verwurzelung von Holzgewächsen im Ziegelmauerwerk tragen ihr Übriges zur langsamen aber sicheren Zerstörung der Stützmauer bei.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Antrag

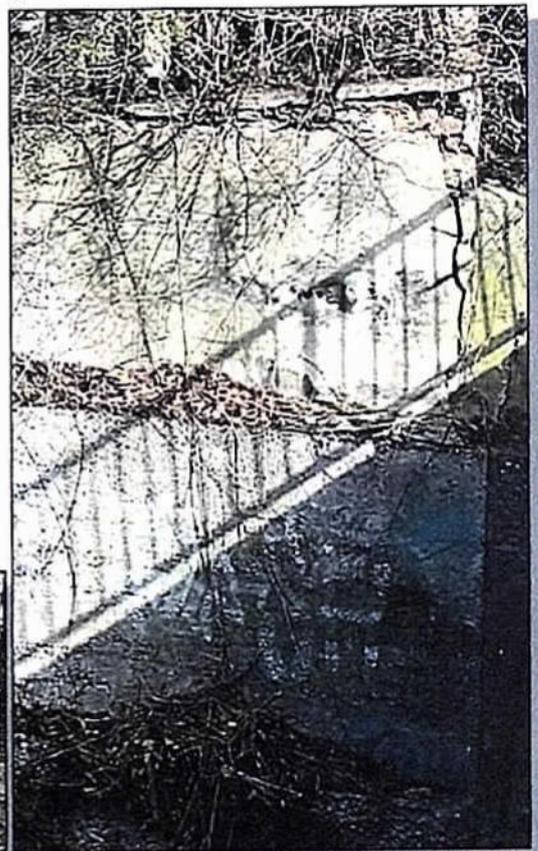
Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen veranlassen, dass die Stützmauer ordnungsgemäß instandgesetzt wird und auch dort, wo erforderlich, der Wildbewuchs durch das unmittelbar angrenzende Strauchwerk nachhaltig beseitigt wird.


BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Bezirk des Bezirksverwalters
i. d. Bz. Noz.

Eing. 23.03.2019

S-263.815 2019



Entlang der Gutheil-Schoder-Gasse zwischen „Am Schöpfwerk“ und „Gutheil-Schoder-Brücke“ befinden sich Kleingartensiedlungen, welche mittlerweile für ganzjährige Wohnzwecke gewidmet sind und im 12. Bezirk liegen. Besonders in der Nacht und in den heißen Sommermonaten ist die Lärmbelastung durch den motorisierten Straßenverkehr sehr hoch. Auch werden laut Anrainern die Geschwindigkeitsbeschränkungen in diesem Bereich kaum eingehalten.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Antrag

Da im öffentlichen Bereich eine elektronische Geschwindigkeitsanzeige für alle Verkehrsteilnehmer eine bewährte optische Einrichtung ist, um vorgeschriebene Geschwindigkeiten auch tatsächlich einzuhalten und somit auch die allgemeine Verkehrssicherheit zu erhöhen, mögen die zuständigen Stellen der Stadt Wien dazu aufgefordert werden, bis auf Weiteres eine mobile, elektronische Geschwindigkeitsanzeigtabelle in dem oben angeführte Bereich der Gutheil-Schoder-Gasse, welcher sich zur Gänze im 23. Bezirk befindet, als temporäre Geschwindigkeitsmessung zu veranlassen.

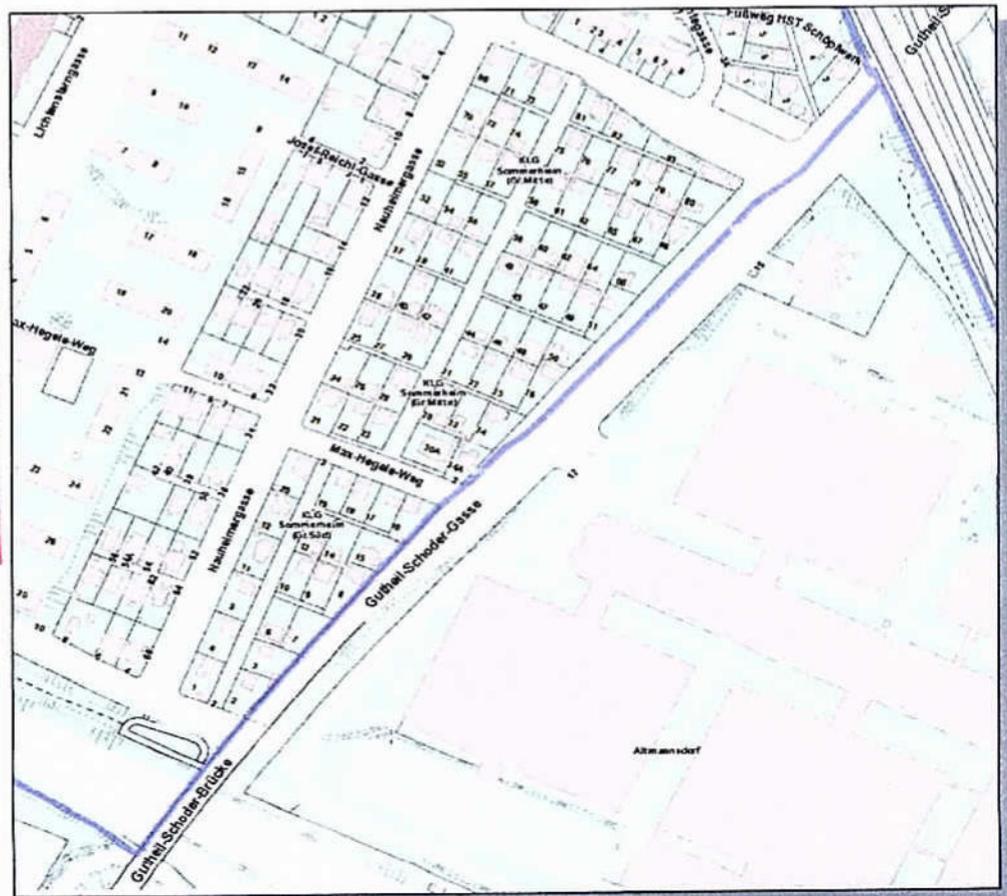
Sabine Kotasek

BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Büro des Bezirksvorstehers
1. 8. 23. Bez.

El.g. 28. März 2019

S-263.875/2019



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Gemäß § 26a Abs 2 StVO (Straßenverkehrsordnung) muss Linienbussen im Ortsgebiet das ungehinderte Abfahren von gekennzeichneten Haltestellen ermöglicht werden, sobald der Buslenker durch Setzen des Blinkers seine Absicht anzeigt, von der Haltestelle loszufahren. Fahrzeuge, die sich einer Bushaltestelle nähern, sind daher verpflichtet, anzuhalten oder zumindest die Fahrgeschwindigkeit zu vermindern, um einem blinkenden Linienbus das Losfahren zu ermöglichen. Zu beachten ist auch, dass die Verpflichtungen (Anhalten oder Verminderung der Geschwindigkeit) für Fahrzeuge auf sämtlichen Fahrstreifen, die in die Fahrtrichtung des losfahrenden Linienbusses führen, gelten. Führen zwei Fahrstreifen in dieselbe Richtung, sind auch Fahrzeuglenker auf dem linken Fahrstreifen verpflichtet, die Geschwindigkeit zu reduzieren oder anzuhalten, zumal der Linienbus in der Knotzenbachgasse unmittelbar - nachdem er von der Haltestelle neben dem rechten Fahrstreifen weggefahren ist - auf den linken Fahrstreifen wechselt bzw. weiterführend links in die Breitenfurter Straße einbiegt.

Leider kommt es immer wieder durch Verkehrsteilnehmer mit möglicher Unkenntnis dieser StVO-Bestimmungen zu gefährlichen Verkehrssituationen mit erhöhtem Unfallrisiko.

In diesem Zusammenhang stellen die Freiheitlichen Bezirksräte gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob eine Schaltphasenoptimierung mit zusätzlich anzubringendem Autobus-Lichtsignal für die aus der Haltestelle mit anschließenden Linksabbiegemanöver fahrenden Autobusse möglich ist und diese dadurch dem übrigen Verkehr vorgereicht werden können. Damit würde eine wesentliche Erhöhung der Verkehrssicherheit und eine Unfallrisikominimierung erreicht werden.



Sabine Kotasek

BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Büro des Bezirksratsvorsitzenden
1. Stock

Elg. 23.03.2019

S-263.902/2019

17.

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte

Die Freiheitlichen Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28. März 2019 folgenden

Resolutionsantrag

Bezugnehmend auf den von der Stadtregierung Wien erstellten Stadtentwicklungsplan „STEP 2025“ - im speziellen zu dem Punkt „die integrierte Stadtregion“, welcher in einem Auszug wie folgt lautet:

„Wien bekennt sich zu einer Agglomerationspolitik, die auf einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit beruht – mit den Nachbargemeinden, den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland.“

Die Mitglieder der Bezirksvertretung des 23. Bezirkes ersuchen die zuständigen Stellen der Stadt Wien die Machbarkeit einer Verlängerung der Linie U6 in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich und der im besonderen betroffenen Marktgemeinde Brunn am Gebirge zu prüfen. Die Verlängerung sollte im Mindestausbau eine Anbindung an die Außenringautobahn A21 mit einer ausgedehnten Park&Ride-Anlage beinhalten.

Begründung: Wie oftmals in der Bezirksvertretung diskutiert, ist speziell für das Verkehrsaufkommen aus dem Westen aufgrund der baulichen Gegebenheiten keine innerbezirkliche Lösung zu finden. Ein Ausbau der Linie U6 würde mit Anbindung an die A21 eine für die Pendler vernünftige und erleichternde Situation darstellen. Weiter würde diese Maßnahme für Pendler, die nach Wien von Süden über die A2 oder aus dem Osten S1 nach Maßnahmen der Stadtregierung, wie der Einführung des sogenannten „Parkpickerls“ in Favoriten und Simmering kommen, auch eine Erleichterung darstellen. Für die Bevölkerung in Liesing würde es eine wichtige Eindämmung der stark zunehmenden Nutzung des Parkraumes in Liesing durch Pendler bedeuten. Natürlich sind für den motorisierten Individualverkehr Maßnahmen zu treffen, diese Anbindung an den öffentlichen Verkehr komfortabel zu erreichen. Nur durch solche Maßnahmen kann ein weiterer Punkt von „STEP 2025“, der die Eindämmung des motorisierten individualen Verkehrs in Wien auf ein Mindestmaß vorsieht, überhaupt angedacht werden.



BezR Sabine Kotasek
Klubvorsitzende

Büro des Bezirksvorstehers
f. d. 23. Bez.

Eing. 25. MRZ. 2019

S-263.920/2019

Die Freiheitlichen Bezirksräte Liesing, die Bezirksräte der ÖVP Liesing und die der NEOS Liesing stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 23. Bezirk am 28.03.2019, folgenden

Resolutionsantrag

betreffend Einbindung der betroffenen Bürger bei Änderungen der Parkraumbewirtschaftung in Liesing

Die Bezirksvertretung Liesing bekennt sich dazu, die Bürgerinnen und Bürger Liesings umfassend in die Entscheidungen hinsichtlich der Einführung eines "Parkpickerls" einzubinden.

Die Einbindung soll einerseits so erfolgen, dass die Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Möglichkeiten und deren Auswirkungen informiert werden. Andererseits sollen die Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse insofern eingebunden werden, dass dabei auch der Umstand berücksichtigt wird, dass einzelne Gebiete in unterschiedlichem Maße von der Parkplatzproblematik betroffen sind.

Begründung:

Die Einführung eines "Parkpickerls" ist ein hochemotionales Thema und ein starker Eingriff in die Lebensumstände der möglicherweise betroffenen Liesingerinnen und Liesinger. Die Einbindung der Bevölkerung ist daher unumgänglich. Die Erfahrung mit Abstimmungen in anderen Bezirken zeigt aber auch, dass Befragungen nur auf lokaler Ebene sinnvoll durchgeführt werden können.

Wien, 24.03.2019



BR Mag.
Christoph Pramhofer
Klubobmann

BR
Sabine Kotasek
Klubobfrau

BR
Dominik Bertagnol, MSc
Klubobmann



Die Freiheitlichen Bezirksräte Liesing, die Bezirksräte der ÖVP Liesing und die Bezirksräte der NEOS Liesing stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen zur Sitzung der Liesinger Bezirksvertretung am 28. März 2019 folgenden

Antrag **betreffend einer Arbeitsgruppe zum Thema Parkraumbewirtschaftung**

Die Bezirksvorstehung Liesing wird ersucht, analog zu der Arbeitsgruppe zum Thema Busse und Radverkehr, eine Arbeitsgruppe mit allen Fraktionen des Bezirksparlaments zum Thema Parkraumbewirtschaftung zu gründen. Diese Arbeitsgruppe soll an einem gemeinsamen Konzept für eine sinnvolle Parkraumbewirtschaftung in Liesing arbeiten und in diesem Zusammenhang auch Kontakt zu den Unternehmern und zu den umliegenden Gemeinden aufnehmen. Ziel der Arbeitsgruppe soll eine kostengünstige Parkraumbewirtschaftung für Teilbereiche in Liesing sein, um die Parkplatzproblematik für Liesinger/innen zu verbessern.

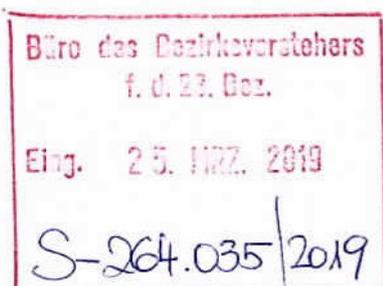
Begründung:

Aufgrund der Parkraumbewirtschaftung im 10., 11. und 12. Bezirk wird auch in Teilen Liesings die Parkplatzsituation immer schwieriger. Die Problematik ist jedoch auf einige Teilbereiche im Bezirk beschränkt, in vielen Teilen Liesings ist die Parkplatzsituation unproblematisch. Um eine sachorientierte und unideologische Lösung für die problematischen Gebiete zu finden, sollen sich alle Fraktionen im Rahmen einer Arbeitsgruppe diesem Thema annehmen, um einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten.

BR
Dominik Bertagnol, MSc
Klubobmann

BR
Sabine Kotasek
Klubobfrau

BR Mag.
Christoph Pramhofer
Klubobmann



Die Freiheitlichen Bezirksräte Liesing, die Bezirksräte der ÖVP Liesing und die Bezirksräte der NEOS Liesing stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen zur Sitzung der Liesinger Bezirksvertretung am 28. März 2019 folgenden

Resolutionsantrag betreffend dem flächendeckenden Parkpickerl in Liesing

Die Bezirksvertretung Liesing spricht sich gegen ein flächendeckendes Parkpickerl im Bezirk Liesing aus.

Begründung:

In vielen Teilen Liesings mit lockerer Verbauung (zB Mauer oder Rodaun) besteht kein Bedarf für eine Parkraumbewirtschaftung. Die Einführung eines flächendeckendes Parkpickerls wäre daher eine rein ideologisch motivierte Maßnahme, um den Individualverkehr unattraktiv zu machen. Gerade in diesen Gebieten ist jedoch aufgrund der schlechten Anbindung an den ÖPNV das private Auto oft unverzichtbar.

BR
Dominik Bertagnol, MSc
Klubobmann

BR
Sabine Kotasek
Klubobfrau

BR Mag.
Christoph Pramhofer
Klubobmann

